

VERBRAUCHERBILDUNG: VON KLEIN AUF FIT FÜR DEN ALLTAG

Verbraucherpolitische Forderungen im Bereich Verbraucherbildung des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) für die Legislaturperiode 2017 – 2021 des Deutschen Bundestags

Berlin, 28. August 2017

Verbraucherbildung bundesweit in den Schulen prüfungsrelevant verankern – dafür setzt sich der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) ein. Ob beim Surfen im Internet, beim Umgang mit dem Taschengeld oder beim schnellen Snack in der Mensa – Kinder und Jugendliche müssen ihre Rechte und Pflichten als Verbraucher kennen und wissen, worauf sie achten sollten. Schule muss hier mitwirken und zum Beispiel aufzeigen, wie sich Konsumentscheidungen auf Klima, Energie und Umwelt auswirken. Allerdings finden 70 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher, dass Schüler im Unterricht nicht genug über Alltagsthemen lernen.¹ Verbraucherbildung steht noch nicht in allen Bundesländern auf dem Stundenplan. Gleichzeitig versuchen Unternehmen, mit Bildungsangeboten in diese Lücke zu stoßen und mit Unterrichtsmaterialien oder Projekttagen Kinder und Jugendliche anzusprechen. Der Übergang zur Werbung ist dabei fließend. Der vzbv fordert daher an den folgenden Punkten anzusetzen, um Verbraucherinnen und Verbraucher von klein auf fit für den Alltag zu machen.

VERBRAUCHERPOLITISCHE FORDERUNGEN DES VZBV IM BEREICH VERBRAUCHERBILDUNG IM ÜBERBLICK

- ❖ Verbraucherbildung verpflichtend an allen Schulen einführen
- ❖ Materialkompass Verbraucherbildung verstetigen
- ❖ Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben
- ❖ Lehrkräfte gut aus- und fortbilden
- ❖ Verbraucherbildung braucht Evidenzen
- ❖ Neutralität der digitalen Infrastruktur gewährleisten

¹ Kantar EMNID, repräsentative Umfrage im Auftrag des vzbv, Oktober 2016.

VERBRAUCHERPOLITISCHE FORDERUNGEN DES VZBV IM BEREICH VERBRAUCHERBILDUNG IM EINZELNEN

Verbraucherbildung verpflichtend an allen Schulen einführen

Verbraucherbildung muss als eigener, prüfungsrelevanter Bestandteil bundesweit in den Lehr- und Bildungsplänen aller Schulformen verankert sein – etwa als separates Schulfach, in einem Ankerfach oder fachübergreifend. In den Lehr- und Bildungsplänen müssen die zu erwerbenden Verbraucherkompetenzen ausdifferenziert werden, die zur Bewältigung zukünftiger Anforderungen in verschiedenen Lebenssituationen benötigt werden.

Materialkompass Verbraucherbildung verstetigen

Der Materialkompass Verbraucherbildung ist die bundesweit einzige unabhängige Bewertungsplattform für frei erhältliche Unterrichtsmaterialien. Unabhängige Experten prüfen Materialien verschiedenster Anbieter nach transparenten Kriterien und geben Lehrkräften Hilfestellung, um ihren Unterricht in geeigneter Form und frei von unangemessener Beeinflussung Dritter gestalten zu können. Damit Verbraucherbildung in gesicherter Qualität vermittelt wird, muss der Materialkompass Verbraucherbildung als anbieterunabhängige Bewertungsplattform verstetigt werden.

Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben

Als präventiver Verbraucherschutz ist Verbraucherbildung von bundesweiter Bedeutung. Der Bund muss in die Lage versetzt werden, die Länder bei Bildungsaufgaben zeitlich unbegrenzt zu unterstützen und zu fördern. Die Verwendung von Kartellstrafen wäre hier gut angelegtes Geld. Das Kooperationsverbot im Bildungsbereich zwischen Bund und Ländern muss aufgehoben werden. Dann könnte eine bundesweite Infrastruktur zur Qualitätssicherung und -entwicklung von Verbraucherbildung durch eine zeitlich unbegrenzte Finanzierung ermöglicht werden.

Lehrkräfte gut aus- und fortbilden

Die Qualifikation von Lehrkräften ist eine notwendige Grundlage, um Verbraucherbildung an Schulen erfolgreich umzusetzen, denn die Vermittlung von Verbraucherthemen darf nicht nur von der Motivation und dem Engagement einzelner Lehrkräfte abhängen. In allen drei Phasen der Lehrkräftebildung muss eine verbindliche Qualifizierung für Lehrkräfte stattfinden. Diese greift die Erfahrungen von Verbraucherschutzexperten wie den Verbraucherzentralen auf.

Verbraucherbildung braucht Evidenzen

Um die Qualität von Verbraucherbildung zu sichern und weiterzuentwickeln, müssen Evidenzen geschaffen werden, die zum einen Auskunft über den Stand der Implementierung geben. Zum anderen gilt es, die Kompetenzentwicklung zu evaluieren, indem Verbraucherkompetenzen von Kindern und Jugendlichen regelmäßig erhoben werden. So lässt sich Verbraucherbildung erfolgreich verbessern.

Neutralität der digitalen Infrastruktur gewährleisten

Die Digitalisierung führt zu einem stetigen Wandel des Alltags der Menschen und tangiert dabei direkt und indirekt die Interessen von Schülerinnen und Schüler als junge Verbraucherinnen und Verbraucher. Um den vorrangigen Bildungsauftrag umsetzen zu können und Datenschutz zu gewährleisten, muss eine digitale Infrastruktur unabhängig sein. Der vzbv sieht es als kritisch an, dass Public-Private-Partnerships zur Finanzierung der digitalen Bildung im Schulwesen aufgenommen werden. Ein bundesweiter Rahmen ist notwendig, der dem Lobbying an Schulen einen Riegel vorschiebt. Die bestehenden landesspezifischen Regelungen sind für die vorliegende Strategie nicht ausreichend.

Kontakt

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Stabsstelle Verbraucherbildung

Markgrafenstraße 66
10969 Berlin

verbraucherbildung@vzbv.de